

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.

Bestellungen nehmen an alle
Postanstalten u. Buchhand-
lungen des In- u. Auslandes.

Filial-Expeditionen
für die Vereinigten Staaten:
F. A. Sorge,
Box 101 Hoboken, N. J.
Peter Hah,
8. W. Corner Third and
coates str. Philadelphia.

Der Volksstaat

Abonnementspreis
für ganz Deutschland
1 Mk. 60 Pf. pro Quartal.

Monats-Abonnements
werden bei allen deutschen
Postanstalten auf den 2ten
u. 3ten Monat und auf den
3ten Monat besonders an-
genommen; im Kgr. Sachsen
u. Herzth. Sachl.-Altenburg
auch auf den 1ten Monat des
Quartals à 54 Pf.

Organ der sozialdemokratischen Arbeiterpartei und der internationalen Gewerkschaften.

Inserate, die Abhaltung von Partei-, Vereins- und Volksversammlungen, sowie die Filial-Expeditionen und sonstige Partei-Angelegenheiten betreffend, werden mit 10 Pf., — Privat- und Bergütungs-Anzeigen mit 25 Pf. die dreispaltige Petit-Zeile berechnet.

Nr. 60.

Sonntag, 30. Mai.

1875.

Allgemeiner Sozialisten-Congress.

Gotha, 22. Mai.

Die heutige Vorversammlung wurde durch Bod in Gotha mit einer der Bedeutung des Congresses entsprechenden Ansprache eröffnet.

Bezüglich der Tagesordnung beantragt Fritsche (Berlin), das Localcomité mit der Leitung der Vorversammlung zu beauftragen, und zwar bis die Mandate abgegeben und geprüft seien. Bahlteich (Chemnitz) sprach gegen den Antrag Fritsche's, er empfiehlt die sofortige Wahl des Bureaus durch die Vorversammlung.

Der Antrag Fritsche's wurde angenommen. Hasenclever (Berlin) beantragt, zur Mandats-Prüfungs-Commission 12 Personen zu wählen, und zwar je 6 aus einer Fraktion. Gewählt wurden vom Allgemeinen deutschen Arbeiterverein die Herren Deroff, Haselmann, A. Kapell, Fritsche, Radow und Vater; von der sozialdemokratischen Arbeiterpartei: Grillenberger, Seib, Auer, Bahlteich, Bronnemeier und Kettel.

Nach einer langen Geschäftsordnungs-Discussion wurde von Bebel der Antrag eingebracht, eine aus fünf Personen bestehende Commission zu ernennen, welche der morgenden Versammlung eine bestimmte formalisirte Geschäftsordnung auszuarbeiten und vorlegen soll. Der Antrag Bebel's wurde acceptirt und in die Commission Bebel, Reimer, Liebknecht, D. Kapell und Hasenclever gewählt.

Die Abgabe der Mandate wurde auf Vorschlag Seib's durch Hammelsprung à la Reichstag bewerkstelligt und hierauf die Vorversammlung geschlossen.

23. Mai.

Die heutige Versammlung wurde abermals durch Bod (Gotha) eröffnet. Da die Mandats-Prüfungskommission ihre Arbeiten noch nicht vollendet hatte, wurde die von der gestern eingesezten Geschäftsordnungs-Commission vorgelegte Geschäftsordnung durchberathen und mit nur wenigen Änderungen nach der Vorlage der Commission angenommen. Einen recht günstigen Eindruck machte auf die Versammlung das Vorlesen der unter der Zeit eingelaufenen Telegramme aus vielen Städten Deutschlands, ja sogar die österreichischen und ungarischen Arbeiter sandten ihre Brudergrüße.

Das nun unterdessen durch die Mandats-Prüfungskommission festgestellte und durch dieselbe vorgetragene Resultat ergab, daß die Fraktion der Eisenacher durch 56 Delegirte, 150 Mandate von 144 Orten mit zusammen 9121 steuernden Mitgliedern vertreten war, hingegen die Fraktion der Passauer durch 73 Delegirte, 150 Mandate von 148 Orten mit zusammen 15.607 Stimmen. Von der Commission war nur ein Mandat beantragt worden, und zwar das Mandat des Herrn Liebis aus Leipzig. Die Commission, welche sich in eine Majorität und eine Minorität spaltete, glaubte sich in ihrer Mehrheit dahin entscheiden zu müssen, nachdem in der Einladung zum Congress gesagt sei: diejenigen Sozialdemokraten Deutschlands, welche sich im letzten Vierteljahre durch irgend einen Beitrag an die Hauptkassette der beiden Fraktionen, allgemeiner deutscher Arbeiterverein oder sozialdemokratische Arbeiterpartei beteiligt haben, können sich vertreten lassen, Liebis aber keiner der beiden Fraktionen mehr angehört sei, das Mandat desselben zu beanstanden. Die Minorität der Commission empfiehlt durch Bahlteich, das Mandat als zulässig zu erklären. Aus der hieran sich anschließenden, sehr lebhaft geführten Debatte ging hervor, daß Liebis bei der letzten Leipziger Reichstagswahl sich als ein tüchtiger und eifriger Sozialdemokrat betätigt habe, ungeachtet dessen aber ergab die namentliche Abstimmung 60 gegen und nur 45 für die Zulassung, resp. fernere Verbleibung Liebis's auf dem Congress.

Infolge dieses Abstimmungsergebnisses verließ Patzig aus Meerane unter Protest das Congresslokal.

Die Bureauwahlen wurden einstimmig vollzogen. Zu Vorsitzenden wurden ernannt: Seib und Hasenclever; als Schriftführer: Kuhl, Reimer, Köbinger, Deroff, Schen, Regel, Bronnemeier, Riecke.

Auf Anregung Seib's wurde noch eine Correspondenz-Commission ernannt und zu dieser die Herren Haselmann, D. Kapell, Bahlteich, Fritsche, Koloski und Grillenberger erwählt.

Ein von Reinders (Breslau) gestellter Antrag, den Congress um 2 Tage zu vertagen, während dieser Zeit aber die Generalversammlung des allgemeinen deutschen Arbeitervereins abzuhalten, um die Verhältnisse der Fraktion genau prüfen zu können, wurde mit Entschiedenheit bekämpft, hingegen ein Antrag Bebel's und Genossen angenommen, den Congress ununterbrochen fortzusetzen.

24. Mai.

Um 10 Uhr Vormittags wird die Sitzung durch Hasenclever eröffnet. Die Präsenzliste wird vorlesen. Das Mandat des Delegirten der Bräuerischen Fraktion zu Hamburg, Vöfler, wird unzulässig erklärt. Nach einigen Erörterungen über die in der letzten Abend Sitzung zur Sprache gebrachten Differenzen wird in die Programmfrage eingetreten.

Hasenclever gibt einen Rückblick auf die Verhandlungen zur Einigung. Diefelben seien von den Reichstagsabgeordneten beider sozialistischen Fraktionen begonnen. Man sei sich klar geworden, daß nicht auf einmal mit den verschiedenen Fraktionen und den verschiedenen Gewohnheiten, die haben und drücken sich ausgebildet, vollständig zu brechen sei. Daraus mögen einzelne Mängel oder Inkonsequenzen des Programms sich ergeben, aber man habe die Zuversicht gehabt, daß mit der Feststellung des einigenden Prinzips

in kurzer Zeit die vorangegangenen Differenzen vergessen sein werden, und was heute als Compromiß erscheint, als Ergebnis des einheitlichen Strebens erscheinen wird.

Seib: Der Gedanke muß haben und drücken Geltung gewinnen. Sei dies nicht der Fall, so würden die Differenzen vor und im nächsten Jahreskongress sich nur noch stärker zeigen. Wenn aber der Einigungsgedanke lebendig, dann würden bei Jahresfrist die verschiedenen Richtungen im gemeinsamen Vorwärtsschreiten ihre Ausgleichung gefunden haben. Die Bewegung muß wachsen, muß auch Erfolge aufzuweisen haben, um schon dadurch auf immer weitere Kreise zu wirken. Dies zeigen die letzten Reichstagswahlen. Zerwürfnisse haben bei den Wahlen geschadet, und den erreichten Erfolgen ist zum großen Theil die Erstarkung des Einigungsgedankens zuzuschreiben. Schon sei an vielen Orten die thätigste Vereinigung der sozialistischen Fraktionen erfolgt. Innerhalb vier Wochen gemeinsamer Agitation ist der Arbeiterbewegung eine gewaltigere Ausdehnung als jemals vorher gegeben worden. Stellen wir der vereinigten Macht der herrschenden Klassen die vereinigte Macht der Arbeiter gegenüber.

Seib stellt demgemäß den Antrag, vor Eintritt in die Generaldiskussion des Programms folgenden Beschluß zu fassen:

Der Congress erklärt, mit der Vereinigung der zum Kongress eingeladenen sozialdemokratischen Fraktionen prinzipiell einverstanden zu sein, und schreitet daher unverzüglich zur Verathung des Programms- und Organisations-Entwurfes.

Herhold, Wiener und Schwedendick sprechen über den Seib'schen Antrag, der sodann einstimmig angenommen wird. Hierauf wird die Sitzung bis 2 Uhr Nachmittag vertagt. Während der Sitzung sind Begrüßungs-Telegramme aus Mannheim, Gelsenau, Nippes, Elberfeld, Frankfurt a. M., Coethen, Mühlhausen i. Th. und Brandenburg eingetroffen und vorlesen.

Beginn der Nachmittags-Sitzung um 2 Uhr. Nach Vorlesung der Präsenzliste und des Protokolls der vorgelegten Sitzung erhält Liebknecht das Wort zur Generaldebatte über das Partei-Programm. Derselbe betont, daß das vorliegende Programm nicht ein eigentlich ideales, sondern in Anbetracht der Verhältnisse wirklich ein Compromiß-Programm sei. Man habe demselben den Vorwurf gemacht, daß es nicht ausführlich genug sei, dies könne er indes nicht als einen Mangel anerkennen, denn gerade die Kürze sei für ein praktisches Programm, das für Arbeiter bestimmt sei, von besonderem Werth. Uebrigens werde demselben in Gestalt einer Proclama eine Erklärung beigegeben, und werde es ja auch von der Parteipresse erläutert werden. Auf den ersten Punkt des Programms eingehend, erläutert Referent, daß in demselben in allgemeinen Zügen die Hauptgrundsätze des Sozialismus enthalten seien. Man habe von verschiedenen Seiten her geltend gemacht, daß es unrichtig sei, zu sagen: „Der Ertrag der Arbeit gehöre unverkürzt nach gleichem Rechte allen Gesellschaftsgliedern.“ Es sei richtig, diesem gleichen Rechte auch die gleiche Pflicht gegenüber zu stellen. Darum habe man die allgemeine Arbeitspflicht eingefügt.

Die Bezeichnung „vernunftgemäßer Bedürfnisse“ erscheine dem Referenten nothwendig, weil eine Mißdeutung zu verhüten sei.

Gegen den zweiten Punkt der Einleitung des Programms sei von keiner Seite eine Einwendung erhoben worden. Der Widerspruch, den man im dritten Satz gegenüber dem ersten finden wolle, welcher ersterer gewissermaßen den „blanken Communismus“ repräsentire, werde durch oben genannte Beifügung zu Punkt 1 hinwiegend.

Von verschiedenen Seiten wurde es übel gedeutet, daß in dem Entwurfe gesagt ist, der Arbeiterklasse gegenüber seien alle andern Klassen nur eine einzige reaktionäre Masse. Dieser Vorwurf ist jedoch leicht zu ertragen, denn in der That giebt es heutzutage doch nur zwei große einander gegenüberstehende Klassen, die der Besitzenden und die der Nichtbesitzenden, alles Dazwischenstehende verschwindet, wie wir tagtäglich beobachten können. Kleinbürger und Kleinbauern hätten darum mit den Arbeitern zu gehen. Im Uebrigen sind alle bisherigen Parteien, namentlich die Mittelklasse, nur so lange revolutionär gewesen, bis sie selbst zur Herrschaft gelangt waren.

Der Passus, der von Nationalität und Internationalität handelt, gehört eigentlich hinter Punkt II und dürfte in folgender Fassung zu formuliren sein:

„Die Arbeiterpartei Deutschlands, obgleich zunächst im nationalen Rahmen wirkend, ist sich des internationalen Charakters der Arbeiterbewegung bewußt, und entschlossen, alle Pflichten, welche derselbe den Arbeitern auferlegt, zu erfüllen und die Verbrüderung aller Menschen zur Wahrheit zu machen.“

Bezüglich des Namens beantragt Referent, statt „Deutsche Arbeiterpartei“ zu setzen „Arbeiterpartei Deutschlands“, denn so unheimlich diese Aenderung aussieht, so ist sie doch von großer Tragweite, denn es wird dadurch der internationale Charakter der Arbeiterbewegung ganz entschieden gewahrt, zugleich aber gesagt: „Hic Rhodus, hic salta“, „Hier ist Deutschland, hier haben wir zunächst den Kampf zu führen.“

Gegen Punkt II sind keine Einwendungen gemacht worden, doch dürfte es gut sein, darauf hinzuweisen, daß der Ausdruck „ehernes Lohngesetz“ eigentlich nicht ganz richtig ist, da dies „unabwendbar“ bedeutet; sobald aber einmal die heutige Produktionsweise abgeschafft ist, giebt es auch kein derartiges Lohn-gesetz mehr.

Das wären nun die allgemeinen Grundzüge, deren Formulirung verhältnißmäßig leicht ist, gegenüber den speziellen Punkten,

welche sehr schwer logisch zu gruppiren sind. Der erste Absatz wurde nach allen Richtungen hin verklärt, um Mißdeutungen vorzubeugen und reaktionäre Experimente der Imperialsozialisten unmöglich zu machen; dadurch, daß vor „Produktivgenossenschaften“ gesetzt wird: „sozialistische“, wird allen falschen Auslegungen vorgebeugt. Die sozialistischen Productivgenossenschaften dürfen aber nicht als einzelne Experimente, sozusagen als Prämien für irgend eine bestimmte Kategorie von Arbeitern, geschaffen werden, sondern sie müssen für Industrie und Ackerbau in solcher Ausdehnung ins Leben gerufen werden, daß daraus die sozialistische Organisation der Gesamtheit entstehen kann.

In Bezug auf das Wahlrecht wäre es — da das von uns proklamirte Gleichheitsprinzip die völlige Gleichstellung der Frau bezieht — besser, statt „Männer“ zu setzen „Staatsangehörige“. Es wird zwar zur Bekämpfung des Frauenstimmrechts viel gesagt, daß dieselben keine politische Bildung besitzen. Nun, es giebt auch Männer genug, die in derselben Lage sind und dann dürften wir auch diese nicht wählen lassen. Das „Stimmrecht“, welches bei allen Wahlen figurirt hat, bestand nicht aus Weibern.

Bei der direkten Gesetzgebung durch das Volk sei es besser, den Nachsatz der Vorlage „mit Vorschlags- und Berwerfungsrecht“ bei Seite zu lassen, weil derselbe nur abschwäche.

Die allgemeine Wechthaltigkeit ist etwas so selbstverständliches, daß darüber nicht weiter gesprochen werden braucht, doch ist es fraglich, ob es zweckmäßig wäre, die Entscheidung über Krieg und Frieden dem gesammten Volke statt der Volksvertretung zu übertragen, da, so lange keine allgemeine Bildung existirt, eine gewissenlose Regierung mit Hilfe der allgemeinen Volksabstimmung eben so gut einen gewissenlosen Krieg provoziren kann, wie heutzutage. Selbstverständlich ist unter Volksvertretung hier nicht der gegenwärtige Parlamentarismus zu verstehen, denn dieser ist bankrott, und es ist vielleicht das einzig bleibende Verdienst des Fürsten Bismarck, diesen Bankrott des Parlamentarismus beschleunigt zu haben.

Wenn wir Rechtsprechung durch das Volk verlangen, so verstehen wir darunter nicht, wie die Gegner behaupten, um uns lächerlich zu machen, die alte griechische, römische und urdeutsche Sitte, auf öffentlichem Markte von dem gesammten versammelten Volke Recht sprechen zu lassen, sondern Rechtsprechung in dem Sinne, wie das gesammte Volk die Gesetze gemacht hat und verstanden wissen will, und vollständige Umgestaltung der Geschworenengerichte, die heute nichts weiter sind als Klassengerichte. Die Ausführung des speziellen Punktes würde jedoch hier zu weit führen.

Die Einführung der Progressivsteuer statt aller bestehenden, insbesondere der das Volk belastenden indirekten Steuern ist natürlich nur für das Uebergangsstadium der heutigen Gesellschaft in die zukünftige nothwendig, da im sozialdemokratischen Staate Steuern im heutigen Sinne des Wortes nicht erhoben zu werden brauchen.

Zum Schutze der Arbeiterklasse gegen die Kapitalmacht innerhalb der heutigen Gesellschaft verlangen wir einen den Bedürfnissen der Gesellschaft entsprechenden Normalarbeitstag und Verbot der Sonntagsarbeit. Das Verbot der „Nachtarbeit“ wurde von der Commission fallen gelassen, da dieselbe in gewissen Fällen auch innerhalb der sozialistischen Produktion nothwendig sein wird und nur vernünftig eingetheilt zu werden braucht.

Unentgeltlicher Unterricht ist selbstverständlich. Außerdem müssen wir aber ausdrücklich betonen, daß die Religion Privatsache ist, dann ist die Forderung der „Gewissensfreiheit“ überflüssig. Seit der Gesandte Bismarck in London, Graf Münster, das heutige „kulturkämpfende“ reaktionäre Preußen als den „Staat der Gewissensfreiheit“ hingestellt hat, ist dieser Ausdruck für uns unmöglich geworden.

Es mag in dem Programm Manches enthalten sein, was dem Einen oder dem Andern nicht so ganz gefallen dürfte, doch ist dasselbe der Ausbildung fähig. Die Sozial-Demokratie ist nicht bloß eine politische Partei, sondern auch eine Wissenschaft. Wir entwickeln uns, schreiten fort, die geistige Arbeit ist unablässig, neue Gedanken erheischen neue Formen, und was heute dem Einzelnen reaktionär oder zu weit gehend erscheint, mag ihm in einem Jahr gut dünken. Nehmen wir also das Programm im Großen und Ganzen an, wie es von der Commission empfohlen ist.

Nach Liebknecht ergreift Bebel das Wort und beantragt die Debatte über Passus I und II des Programms zu trennen. Uebrigens ist ein Antrag Bahlteich's und D. Kapell's eingebracht, welcher dahin geht, sogleich die Spezialdebatte zu eröffnen und die Generaldebatte zu schließen. Dieser Antrag wird angenommen, und ist damit der Antrag Bebel's erledigt. Der Congress beschließt nun, Haselmann als Correspondent über den Programmverlauf zu hören. Haselmann hält seinerseits ein Correferat für unnöthig, da er in Betreff des Programms mit Liebknecht vollständig ein und derselben Meinung sei. Der Congress erklärt sich mit dieser Ansicht einverstanden.

Die Spezialdebatte wird eröffnet und zwar über Passus I bis Alinea 4. Bebel beantragt, Alinea 4 dahin abzuändern, daß es nicht heißt: „Der gegenüber alle andern Klassen nur eine reaktionäre Masse sind;“ sondern: „Der gegenüber alle andern Klassen reaktionär sind.“ Bahlteich beantragt: Alinea 4 ganz zu streichen, hierüber erhebt sich eine lebhafteste Debatte, und beantragt Fritsche über diesen Punkt namentliche Abstimmung, dieser Antrag wurde angenommen. Der Antrag Bebel und Bahlteich werden abgelehnt. Durch namentliche Abstimmung wird der Passus 4 des Punktes I mit großer Majorität unverändert angenommen.

Alina 5 und Passus II werden nach kurzer aber lebhafter Debatte ebenfalls unverändert angenommen, worauf die Sitzung Abends 8 Uhr geschlossen wird.

Gotha, 27. Mai. Nachdem gestern der Organisations-Entwurf mit wenigen Änderungen einstimmig angenommen worden, fand heute Nachmittag die Constatierung und Wahl der Parteibehörden statt. Hamburg wurde zum Vorort gewählt und der Vorstand folgendermaßen zusammengesetzt: Hasenclöder und Hartmann Vorsitzende; Auer und Deroffi Sekretäre; Geib Kassierer. Sitz der Kontrollkommission ist Leipzig. Der Ausschuss besteht aus folgenden Personen: Reimer, Altona; Heinemann, Hamburg; Bernstein, Frische, Finn, Berlin; Bracke, Braunschweig; Meißner, Hannover; Schumacher, Götting; Wiener, Bielefeld; Reinders, Breslau; Prinz, Frankfurt a. M.; Klees, Magdeburg; Bahleisch, Chemnitz; Moje, Nürnberg; Endres, Augsburg; Bod, Gotha; Bronnemeier-Söppingen; Kahl, Barmen.

Politische Uebersicht.

— Die Bismarck-Attentäter schießen wie Pilze aus der Erde hervor. Noch schwebt die Untersuchung gegen den Belgier Duchesne, und der Russe Denin hat sich in der Berliner Stadtvoigtei kaum häuslich einrichten können, und schon wieder verläutet von einem Attentat, das gegen den „Genialen“ geplant worden sein soll. Diesmal ist es ein Wiener, ein gewisser Josef Wiesinger, den die Schuzengel Bismarcks aufgestiebert haben. Natürlich fehlt auch hier die kulturkämpferische Sauce nicht, um das Attentatgericht möglichst schmachhaft zu machen. Und zwar ist es kein Geringerer als der Jesuitengeneral Bedt, der mit in's Spiel gezogen ist. Das wäre nun binnen kurzer Zeit das dritte gegen Bismarck angeblich geplante Attentat. Wahrscheinlich, die Komödie fängt an ekelhaft langweilig zu werden.

— O welche Lust Soldat zu sein. Die „Königsberger Hartg. Zig.“ schreibt: „Wir werden von zwei Augenzeugen um Mittheilung eines bedauerlichen Vorfalls ersucht, der sich heute Vormittags halb 10 Uhr auf dem kleinen Exerzierplatze zugetragen hat. Trotz der Gegenwart von Zeugen hat dolebst der die mit Schießübungen beschäftigten Infanteriemannschaften kommandirende Offizier einen der Soldaten gehohlet. Der Offizier machte zweimal Pause und hieb dreimal unter Schimpf- und Wärgelungsworten auf das Gesicht des Mannes links und rechts ein.“

Im gewöhnlichen Leben pflegt man auf eine empfangene Ohrfeige mit gleicher Münze zu antworten, in der Wollf'schen „Bildungsanstalt“ ist es aber, wie allbekannt, Gesetz, daß der gemeine Soldat bei harter Strafe zu jeder Mißhandlung seitens seiner Vorgesetzten nicht einen Mucks sagen darf. Was Wunder also, wenn auf der Todtenliste des stehenden Heeres der Prozentfuß der Selbstmorde von Jahr zu Jahr sich steigert und wenn die Desertionen an der Tagesordnung sind? Da berichtet z. B. die „Trierer Zeitung“:

„Die in diesem Jahre vorgekommenen Desertionen von Militärpersonen hiesiger Garnison bilden eine nicht geringe Zahl. Vom Januar bis jetzt wurden ca. 20—25 Mann fahnenflüchtig, unter welchen sich auch ein Sergeant und ein Unteroffizier befindet. Von den Entwichenen sind bereits 6—6 Mann theils durch Festnahme, theils durch freiwillige Gestellung wieder hierher gelangt. Die meisten dieser Leute finden in Luxemburg Ayl, wozu auch die aus den Garnisonen Diedenhofen, Saarbrücken, Saarlouis u. Desertierten ihre Zuflucht nehmen. Da vertragsmäßig Defecture nicht aus Luxemburg ausgeliefert werden, so ist der Aufenthalt daselbst ein gesicherter.“

— In Graz wurden am 24. d. M. die Arbeiter Hochreiter, Lederer und Kapella verhaftet und in ihren Wohnungen gehaust. Die Genannten waren von den Grazer Arbeitern zu dem öffentlich bekannt gemachten, von der Bourgeoispreffe aber gemeiner Weise als geheime Versammlung denunzierten Märzgeger Arbeiterkongress delegirt. Ein Umstand, der die drei Delegirten in den Augen der österreichischen Polizei zu Verbrechern gestempelt hat.

Gewerkschaftliches.

Allgemeiner deutscher Schiffszimmerer-Verein.

Hamburg. Zur Generalversammlung wurden mir folgende Anträge eingereicht. Von der Mitgliedschaft Altona: 1) Die Generalversammlung möge beschließen, im § 17 einen Zusatz aufzunehmen, welcher besagt, daß Mitglieder, welche keine Arbeit haben, während der arbeitslosen Zeit von der Extrasteuer befreit werden. 2) Vereinsmitgliedern, welche den Verhandlungen der Generalversammlung beizuwohnen wünschen, den Zutritt zu gestatten, so lange dieselben keine Störungen verursachen.

Mitgliedschaft Bracke. Die Generalversammlung möge beschließen, den Beitrag auf 1/3 Sgr pro Monat zu erhöhen, um dafür monatlich einen Referenten in die Versammlungen schicken zu können.

Mitgliedschaft Hamburg. Die Generalversammlung möge beschließen: 1) Wer das 60. Lebensjahr erreicht hat, ist von der Extrasteuer befreit. 2) Wenn ein Mitglied von seiner Mitgliedschaft wegzieht und es in einer andern Mitgliedschaft mit Familie wohnhaft wird, muß es auch da, wo es wohnt und arbeitet, seine ihm auferlegten Gebühren entrichten. 3) Die Mitgliedschaften mögen sich damit einverstanden erklären, da Hamburg den vierteljährlichen Beitrag pränumerando zahlt; desgleichen 4) dahin zu wirken, daß ein entsprechender Fonds in der Hauptkassette angesammelt wird, damit solche Mitgliedschaften, wie Bremerhaven und Hamburg bei Ausbruch eines Streites statutarisch behandelt werden können.

Mitgliedschaft Kiel. Die Generalversammlung möge dahin wirken, daß sämtliche Krankenkassen, welche innerhalb des Vereins existiren, in eine ordentliche Kasse, welche für den ganzen Verein maßgebend ist, verwandelt werden, falls dieses aber nicht genehmigt werden sollte, stellt die hiesige Mitgliedschaft den Antrag, daß, wenn Mitglieder ihren Aufenthaltsort wechseln, ihr Eintrittsgeld in die Krankenkasse aus der Kasse des Allgemeinen deutschen Schiffszimmerervereins entrichtet wird.

Mitgliedschaft Lübeck. Die Generalversammlung möge beschließen: 1) Den § 5 dahin unzuändern, daß, wenn ein einzelnes Mitglied u. von seiner Arbeit entlassen wird, so treten sämtliche Ortsmitglieder für ihn ein. 2) § 18, Anhang o) dahin unzuändern, daß es heißt, in vorgedachten Fällen haben die aus der Arbeit getretenen Mitglieder 2 Thlr. wöchentlich zu beanspruchen. 3) § 20, Zeile 2, das Wort „hat“ zu streichen, und dafür das Wort „kann“ zu setzen.

Mitgliedschaft Reiherrstieg. Die Generalversammlung möge beschließen, daß folgende §§ dahin unzuändern werden: 1) § 6. In dem Satz, wo es heißt, „welche in Hamburg ihren Wohnsitz nehmen müssen“, das Wort Hamburg zu streichen, und dafür das Wort Borort zu setzen, ferner den letzten Satz, wo es heißt: „Die Generalversammlung erklärt Hamburg zum Borort“, zu streichen, und dafür zu setzen: Die Generalversammlung hat den Borort zu bestimmen.

Mitgliedschaft Riesenstädten. Die Generalversammlung möge beschließen, daß folgende §§ dahin unzuändern werden: 1) § 3. Den Satz, „landesübliche mindestens dreijährige“, zu streichen, und dafür 4jährige zu setzen. 2) § 18 g. Den Satz: „können durch ortsoberwältliche Prüfung von der Extrasteuer befreit werden“, zu streichen, und dafür zu setzen: „sind von der Extrasteuer frei, wenn die volle Woche nichts verdient ist“.

Mit sozialdemokratischem Gruß

H. Groß.

Gewerkschaft der Manufaktur-, Fabrik- und Handarbeiter beiderlei Geschlechts. (Sitz Weimar).

Braunschweig, 24. Mai. An die Mitglieder! In Nr. 54 des „Volkstaat“ wurde von unserer Bororts-Bewaltung und dem Aufsichtsrath uns die Beileidigung zu Theil, wir hätten es mit der Wahrheit nicht so genau genommen. Was wir in unserm Aufruf geschrieben, beruht auf Wahrheit, und sind wir, um unsern Gegnern keine Gelegenheit zu geben, sich über unsere Zerrissenheit zu freuen, noch sehr human vorgegangen. Es ist auch heute nicht unser Wille, etwas in die Oeffentlichkeit zu schleudern, was nur vor das Forum der Generalversammlung gehört. Wir können mit dem Vorgehen anderer Bororts-Bewaltungsbehörden uns nicht einverstanden erklären. Außerdem fordert letztere dazu auf, sich mit uns nicht eher in Verbindung zu setzen, bis nicht vom Borort die Sache aufgeklärt ist, was in einer der nächsten Kammern des „Volkstaat“ geschehen sollte. Bis jetzt ist nichts zur Aufklärung geschehen. Was denkt denn eigentlich unsere Verwaltungsbehörde? Warum wird der Wille so vieler Mitglieder von der Verwaltung nicht respektirt? Wir haben in unserm vorigen Aufrufe erklärt, und wir wiederholen den Anspruch: die Verwaltungsbehörde ist nicht mehr lebensfähig; wir wollen die Gründe hierfür verschweigen, es wird auf der Generalversammlung zum Austrage kommen. Wir wollen nur auf die letzte Abrechnung in Nr. 51 des „Volkstaat“ aufmerksam machen. Kennt man das auch eine Abrechnung? Doch genug hiervon. Wir verlangen eine außerordentliche Generalversammlung nach § 30 unseres Gewerkschafts-Statuts, und außer Braunschweig verlangen noch die Orte Wolfenbüttel, Schöppenstedt, Broitzem, Ribbingshausen und Großenhain eine Generalversammlung. In diesen Orten sind gewiß so viele Mitglieder, daß sie ein Sechstel der Gesamtmitgliedszahl ausmachen. Wir erwarten deshalb von der Borortsbewaltung, daß sie ihre Schuldigkeit thut und so schnell wie möglich eine außerordentliche Generalversammlung zusammenberuft. Und nun Ihr Genossen aller Orte, thut auch Ihr eure Schuldigkeit. Mit bestem Gruß an alle Genossen.

Für die Mitglieder von Braunschweig

L. Bertram, Vertrauensmann.
F. Richter, Schriftführer.

Correspondenzen.

Leipzig, 25. Mai. Gestern Abend hatte es endlich die liberale Partei gewagt, eine öffentliche Wählerversammlung im großen Saal der Centralhalle abzuhalten, um dem gewählten Vertreter Leipzigs, Hr. Dr. Goldschmidt, vor seinem Abgang nach Berlin Gelegenheit zu geben, sich über die Aufgaben des Reichstags auszusprechen. Obgleich in der Einladung gesagt war, daß nur Wähler Goldschmidts Zutritt hätten, bestand doch mindestens ein Drittel der Anwesenden (ca. 3000) aus Wählern Bebel's, und ebensoviel, namentlich Arbeiter, mußten wieder fortgehen, weil bereits um 8 Uhr die Räume vollständig gefüllt waren. Aus Angst vor dem Ausfall der Bureauwahl hatte das Einberufungs-Comité nicht nur vorher dafür gefordert, daß fast alle Tische im Saal mit „Befest“ bezugsnet waren, sondern man hatte auch schon in den Herren Dr. Gensel und Stadtrath Schmidt die Leiter der Versammlung bestimmt. Der Erstere eröffnete dieselbe mit einer Ansprache, in welcher er hervorhob, daß man der liberalen Partei den Vorwurf der Gränderei mache, dies müsse er ganz entschieden zurückweisen, vielmehr seien die schlechten Gründungen zum größten Theil der sogenannten konservativen Partei zuzuschreiben. (Ob der Vorsitzende dabei auch an die Herren Miquel und Birbaum gedacht hat, bleibe dahingestellt.) Wer sich einschuldigt, fühlt sich nicht frei von Schuld. Näher auf die dreiviertel Stunden dauernden Ausführungen des Herrn Dr. Goldschmidt einzugehen, verbietet uns der Raum des „Volkstaat“, nur hätten wir erwartet, soweit Dr. Goldschmidt auf die Bestrebungen der sozialdemokratischen Partei und ihre Ziele einging, daß er sich weniger auf den Gemeinplätzen der liberalen Presse hätte bewegt. Es erinnerte uns lebhaft an das „Leipziger Tageblatt“, als der schwer gelehrte und gewiß viel gelehrte Herr Dr. Goldschmidt „die Gräuelt der Commune“ mit der sozialdemokratischen Partei in Verbindung brachte, und jedem Anwesenden, der nicht vollständig vom Nationalliberalismus durchfressen und nur das ABC der Volkswirtschaft versteht, mußte es ein Räseln entlocken, als der gelehrte Herr Oberhandelsgerichtsrath erwähnte, daß die schwere Handels- und Industriekrise, an welcher neben vielen komplizirten Verhältnissen die Sünden der gründerischen Börsenmänner und der feiernden Arbeiter den gleichen Antheil der Schuld trügen, nur durch energische Arbeit und Sparsamkeit überwunden werden könne. Ob die „gründenden Börsenmänner“ zur Nationalliberalen Partei zählen, ließ er unerwähnt, jedenfalls war es den Ausführungen des Herrn Vorsitzenden gegenüber eine Taktlosigkeit, denn die übergroße Mehrzahl der Börsenmänner (Börsenjobber) gehört zur liberalen Partei. Wir sind begierig, ob Hr. Dr. Goldschmidt dieses energische Sparen und Arbeiten auch im Reichstag der Reichsregierung gegenüber bezüglich der Mehrforderung für Militärrückstände empfiehlt, oder ob er mit diesem „Arbeiten und Sparen“ nur die zahlreich anwesenden behäbigen Bourgeois gemeint hat. Die sozialdemokratische Partei, sagte Goldschmidt weiter, wolle den Staat zur Veranschaulichung ihrer Bestrebungen machen, und die abentheuerlichen Pläne führten nur zu Revolutionen, auf welche nothwendig Despotie und Diktatur folgen müsse. Die Pariser Nationalwerkstätten mußten natürlich auch als Beweis für die unausführbaren Pläne der Sozialdemokratie mit herhalten. Vom Reich und seinem Reichstag mußte Herr Dr. Goldschmidt nur Gutes zu sagen, der Letzte sei nur das Organ des guten treuen Bürgerthums. Um den Culturkampf, die ultramontane und die conservativ Partei drehten sich jedoch die weiteren Ausführungen des Herrn Abgeordneten, die dann und wann von sehr getheilten Beifallsbezeugungen unterbrochen wurden. Eine Anfrage, ob einer der Anwesenden über den Vortrag des Herrn Dr. Goldschmidt etwas zu bemerken habe, wurde seitens des Herrn Vorsitzenden nicht beliebt,

jedenfalls aus Furcht vor den Sozialdemokraten. Ein Hoch auf Kaiser und Reich, in welches wohl ein Viertel der Versammelten einstimmte, bildete den Schluß der Versammlung.

Ob die liberale Partei durch diese Versammlung gewonnen hat, möchten wir bezweifeln, namentlich wurde es von Vielen der sozialdemokratischen Partei nicht zugehörigen Anwesenden über vermerkt, daß man durch so schnellen Schluß jeden anderen Meinungsaustruck unterdrückte.

Von den Herren V. D. Brandt, H. P. Leo und H. Kruse geht uns mit Bezug auf die in Nr. 54 enthaltene und unter: „Allgemeiner deutscher Schiffszimmererverein“ zu lesende Bekanntmachung eine „Rechtfertigung“ zu, welche Angriffe gegen in jener Bekanntmachung nicht erwähnten Personen enthält und welcher wir aus diesem Grunde die Aufnahme verweigern müssen.

Abonnements auf den „Volkstaat“

für den Monat Juni zu 55 Pfennige werden bei allen deutschen Postanstalten, für Leipzig pro Monat zu 60 Pf. bei der Expedition, Zeigerstraße 44, und bei Colporteur Müller, für die Umgegend von Leipzig bei den Filial-Expeditionen: für Volkmarzdorf, Reudnitz, Neuschönefeld u. bei Frau Engel, Reudnitz Feldstr. 14, Hof 1 Tr., für Connewitz u. bei Teubert, Vornaischestr. 19, für Kleinschöcher und Umgegend bei Fleischer, Schloßgasse 13 dolebst, für Thonberg u. Neureudnitz bei Zeitungs-Expeditur Bschau, Neureudnitz 15, 1 Tr., für Plagwitz und Lindenau bei Schuster, Merseburgerstr. 26, für Gohlis u. bei O. Peufert, Hauptstraße 19, für Stötteritz bei Fr. Vogenitz, Hauptstr. 38, angenommen.

Für Berlin wird auf den „Volkstaat“ monatlich für 75 Pf. frei in's Haus abomirt bei Trauermann, Manteuffelstraße 25, vorn 3 Tr.; Rubenow, Brunnenstr. 34 im Laden; S. Schmann, Schwedenstr. 1, 2 Tr.

Der Abonnementsbetrag ist bei Bestellung zu entrichten.

Der Redaktion: Heinrich Adolph in Darmstadt: Welche Kollegen wollen Sie denn vor Jajug nach Darmstadt gewarnt haben? Sind es etwa die Schneider, Bäcker oder Schuhmacher etc.? — Ehen in Berlin: Die Annonce traf für die Freitagsummer zu spät ein. Wanner in Dortmund: Wir bitten um Ihre genaue Adresse. — der Expedition: Schmitt in Hüttenheim. Sie müssen bei der dortigen Postanstalt reclamiren. S. Schir Pirna: Die Mittwochsummer ist wegen des Festes ausgefallen.

Duitung
S. F. H. Milano Schr. 3.25. Stämmil Gewerksch. hier Ann. 0.30. Schwebereverein hier Ann. 3.00. Hr. Grei; Ann. 0.60. S. Beyer Frankfurt Ann. 8.00; Schr. 0.65. Hr. Falda Schr. 3.60. Wg hier Ann. 1.75. Pils Innsbruck Schr. 3.00. Wrbst Vera Ann. 1.00.

Berlin
Dienstag, den 1. Juni, Abends 8 Uhr
Große Volksversammlung
in Guit's Local, Badstraße 22. — Die Aufgabe der Arbeiterpartei und die Stellung der Ortsvereine gegen die Sozialdemokratie. — Referent Herr Hartmann. — Um zahlreiche Theilnahme, besonders der Genossen der Resenthaler Vorstadt, wird gebeten. Im Austr. Keitel. [70]

Berlin
Wahverein der sozial-demokr. Arbeiterpartei.
Montag, den 31. Mai, Abends 8 Uhr
Große öffentliche Versammlung
in Renz Salon, Rannysstr. 27. — Die letzten Ereignisse in der Politik und die Kriegsgeschichte. Vortrag des Herrn Adam. — Mittheilung über den Congreß. — Es wird eine rege Theilnahme mit Bestimmtheit erwartet. — Kleine Plakate werden ausgegeben. Der Vorstand [70]

Berlin. Schluß zu verm. zum 1. oder 15. Juni, verlängerte Brangelstr. 6. v. 3 Tr. S. Verbrandt. [20]

Cöln a. R. Fahverein der Tischler.
Montag, den 7. Juni, Abends 8 Uhr
General-Versammlung
im Vere nelotal, Streitenngasse 10a. — L. O.: 1) Kassenabrechnung. — 2) Renwahl des Vorstandes. — Alle Mitglieder werden hierdurch freundlich ersucht, pünktlich zu erscheinen. [2a] Der Vorstand. [60]

Frankfurt a. M. Parteigenossen!
Sonntag, den 6. Juni:
Spaziergang nach Hienburg.
Zusammenkunft bei Pöhl. — Abmarsch halb 3 Uhr.
Unser Freund R. Gaars wird nach 1monatlicher Gast wieder in unserer Mitte sein.
S. Beyer, A. Schneider, K. Hahn, G. Flemming.

Frankfurt a. M. Sonntag, den 6. Juni, Abends 8 Uhr
bei Herrn Pöhl, Zst 47:
Abendunterhaltung
des Gesangs-Collegs „Casselliana“
zu Ehren unserer am 1monatlicher Gast entlassenen Mitgliedes R. Gaars. — Zu zahlreichen Besuch ladet ein.
2a Der Vorstand.

Hamburg
Montag, den 31. Mai, Abends halb 9 Uhr, in Hans's Clublocal, Spauenbergstr. 14, Generalversammlung der Mitglieder des Hamburger Schuhmachervereins.
Tagesordnung: Berichtstattung des Delegirten vom Congreß und Anknüpfung an die Gewerkschaft.
H. Seidel. [50]

Hamburg
Mittwoch den 2. Juni, Abends 9 Uhr
Mitglieder-Versammlung des deutschen Tabak- und Cigarrenarbeiter-Vereins im Goldstein'schen Haas, Kothhöfen 16. — L. O.: Vortrag von Herrn Breen. — Wahl eines Schriftführers. — Gäste haben Zutritt.
Koffmann. [50]

Leipzig
Der Arbeiterbildungsverein feiert Sonntag, den 6. Juni in den Räumen des Gasthofs zur „goldnen Krone“ in Connewitz sein Frühlingsfest. — Beschend in Concert und Ball. — Anfang Nachmittags 3 Uhr. — Freunde und Gönner des Vereins sind zu zahlreicher Theilnahme eingeladen. [2a] Der Vorstand. [50]

Leipzig
Montag, d. 31. Mai, Abends 8 Uhr Versammlung bei Jakob, Peterstr. 15 (goldner Arm). — Gäste stets willkommen.
Der Vorstand. [40]

Leipzig
Montag, den 31. Mai, Abends 8 Uhr Mitglieder-Versammlung bei Herrn Richter, Köpplag Nr. 9. — L. O. Gewerkschafts- und Krankenkassen-Bericht. — Fragelassen. — Beschließenes und Aufnahme neuer Mitglieder.
D. B. [50]

Der Webergehilfe Wilhelm Herzog aus Greiz wird ersucht, wegen Geschäftsangelegenheiten nach Hause zu kommen. — Ich bitte alle Parteigenossen im Fall des Zusammenstreffens ihn davon in Kenntniß zu setzen.
Heinrich Herzog, Greiz, Adelsbergstr. 1. [40]

Neuschönefeld und Umgegend
Arbeiterverein.
Montag, den 31. Mai, Abends 8 Uhr, im Bergschloßchen Versammlung. — L. O.: Bericht der Delegirten über den Einigungscongreß. — Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend nothwendig.
Der Vorstand. [60]

Verantwortlicher Redacteur: D. Rindl.
Redaktion Gohlisstraße 4, Expedition Zeigerstraße 44, in Leipzig.
Druck und Verlag der Gewerkschaftsbuchdruckerei in Leipzig.